

»Scheindebatte« um Flugplatz Lahr

Grüne werfen CDU und SPD unseriöse Politik vor / Palmer sieht wenig Chancen für Passagierflüge

Eine Genehmigung für Passagierflüge wird der Lahrer Flugplatz nach Ansicht der Grünen im Land nicht erhalten. Der Grund: Im maßgeblichen Landesentwicklungsplan und Generalverkehrsplan sei Lahr nur für Frachtflüge vorgesehen. Die Grünen sind gegen Passagierflüge ab Lahr.

VON CHRISTOPH RIGLING

Lahr. »SPD und CDU führen über den Lahrer Flugplatz eine Scheindebatte«, ärgert sich Boris Palmer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Stuttgarter Landtag. Die SPD wolle die Landesregierung vorführen und die CDU traue sich nicht zu sagen, dass es Passagierflüge für den Black Forest Airport Lahr nicht geben wird. Palmer gegenüber der MITTELBADISCHEN PRESSE: »Meine Prognose: Keine Genehmigung.«

Das sind klare, aber auch harte Worte. Schließlich erhofft sich die Ortenau durch mögliche Passagierflüge ab Lahr neue Arbeitsplätze und einen Aufschwung für die Region sowie den Flugplatz Lahr, der bisher wirtschaftlich nicht auf die Beine gekommen ist. Wirt-

schaft und politische Vertreter unterstützten den Antrag der »Wiggins Group« - Betreiber des Flugplatzes - für die Genehmigung von Passagierflügen. Und jetzt sehen die Grünen keine Chance für die Realisierung dieser Zukunftsträume.

Palmer argumentiert formal. Im Landesentwicklungsplan und Generalverkehrsplan von Baden-Württemberg sei Lahr nicht für Passagierflüge vorgesehen. Aus diesem Grund könne das Regierungspräsidium Freiburg den Antrag auf Passagierflüge nur ablehnen. Vor diesem Hintergrund verurteilt Palmer SPD und CDU gleichermaßen.

»Juristisch problematisch«

Die beiden großen Parteien hatten am 22. Januar zwei Anträge in den Landtag eingebracht. Die SPD wollte, dass der Landtag empfiehlt, den Antrag aus Lahr »wohlwollend zu prüfen mit dem Ziel, zukünftig auch Passagierflüge ... abwickeln zu können«. Für die Grünen eine klare Einmischung in ein laufendes Verfahren. »Das ist juristisch sehr problematisch«, urteilt Palmer.

Die CDU konterte mit einem eigenen Antrag, der den Landtag mehrheitlich passierte. Da bei wurde empfohlen, über den

Antrag »sorgfältig und unter Beachtung des Luftverkehrsrechts zu entscheiden und dabei die Interessen der Regionen zu berücksichtigen«.

Gerade der Hinweis auf die »Interessen der Regionen« stimmt den Lahrer Landtagsabgeordneten und Staatssekretär, Helmut Rau, optimistisch. Der CDU-Politiker spricht von einer »Öffnung« zugunsten von Lahr: »Noch ist nichts gelaufen. Die Chancen stehen 50 : 50.«

Der Grüne Palmer zu dem CDU-Antrag: »Da wurde beschlossen, dass die Erde eine Kugel ist.« Jede Behörde müsse alle Anträge »sorgfältig« prüfen und dann entscheiden. So etwas müsse nicht vom Parlament angemahnt werden. Wenn man Passagierflüge in Lahr wolle, dann müsse der Antrag gestellt werden, den Landesentwicklungsplan und den Generalverkehrsplan zu ändern. Doch darüber werde nicht gesprochen.

Walter Caroli, Landtagsabgeordneter aus Lahr, sieht dem Genehmigungsverfahren auch skeptisch entgegen. Der SPD-Politiker wirft dem Verkehrsminister Ulrich Müller (CDU) vor, er habe sich in der Landtagsdebatte im Januar politisch nicht bewegt. Das Verkehrsministerium nimmt entscheiden-

den Einfluss auf das Verfahren im Regierungspräsidium Freiburg. Und Müller steht möglichen Passagierflügen von Lahr sehr kritisch gegenüber.

Zu viele Flugplätze

Die kritische Haltung von Müller ist auch die Haltung der Grünen. »Wir sehen keinen Bedarf für Passagierflüge«, sagt Palmer. Die beiden elsässischen Flughäfen Mülhausen und Straßburg sowie der im badischen Söllingen müssen genügen. Zudem gebe es mit der Schiene eine prima Anbindung an den Frankfurter Flughafen. Auch habe das Land mit Söllingen einen »hochdefizitären Flughafen«, der ohne Subventionen nicht überleben kann. Palmer spricht von zehn Millionen Euro Defizit im Jahr. Lahr werde bei den Passagierflügen irgendwann auch auf Landeszuschüsse angewiesen sein. Auch wenn man bisher plant, die Flüge privat zu finanzieren.



Boris Palmer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Stuttgarter Landtag.